

UM *fair* TEILEN Reichtum besteuern

Für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung bundesweit und vor Ort!

Mit Steuersenkungen haben Bundesregierungen in den vergangenen Jahren vor allem Unternehmen, Vermögende und Spitzenverdiener entlastet. Würde heute noch die Steuergesetzgebung aus dem Jahr 1998 gelten, wären jährlich über 50 Milliarden Euro mehr in den öffentlichen Kassen. In der Krise mussten die Beschäftigten die Kurzarbeit durch ihre eigenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen. Die Banken hingegen wurden mit Steuergeldern gerettet. Diese Politik führt dazu, dass die Staatsschulden steigen, aber auch die privaten Vermögen. Jedoch liegen 63 % dieses Vermögens in den Händen von 10 % der Bevölkerung. Die ärmsten 10 % der Menschen sind verschuldet. Eine Schande für ein reiches Land!

In den Haushalten von Städten, Kreisen und Gemeinden klaffen durch diese ungerechte Politik riesige Löcher. Die Leidtragenden sind Familien, Geringverdienende, Erwerbslose, Jugendliche und SeniorInnen. Sie müssen die Steuergeschenke an die Reichen bezahlen durch höhere Gebühren für Kitas, Busse und Bahnen, Parkplätze, Friedhöfe und vieles mehr. Dabei tragen Gebührenerhebungen zu einer weiteren Umverteilung des Reichtums von unten nach oben bei. Denn sie müssen von allen gleich gezahlt werden, egal ob das Einkommen groß oder klein ist. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen oder ihre Sanierung und Instandhaltung muss auf die lange Bank geschoben werden – manchmal bis sie nicht mehr zu retten sind. Das trifft viele kommunale Einrichtungen wie Schulen, Kitas, Spielplätze, Schwimmbäder und Bibliotheken. Auch Vereine und Initiativen bekommen weniger Mittel, sollen aber weiter alles daran setzen den Menschen attraktive Angebote zu machen.

Diese Politik wird durch die Kürzungen des Landes Hessen bei den Geldern für Städte, Kreise und Gemeinden verschärft. Jetzt sollen sie im Rahmen des „Kommunalen Schutzschirmes“ genau mit dem Geld entschuldet werden, das ihnen das Land vorher gekürzt hat. Und die Kommunen sollen unterschreiben, dass sie trotz Kürzungen von Bund und Land keine Schulden mehr machen, also unter dem Strich Gebühren weiter erhöhen und Leistungen streichen. Städte und Gemeinden haben kaum mehr Spielraum eigene Entscheidungen zu treffen und Politik zu gestalten. So geht die Demokratie vor Ort verloren, die den Zusammenhalt in der Gesellschaft ausmacht. Und das lehnen wir entschieden ab!

Stärkt die Demokratie vor Ort! Wir brauchen gute Schulen, Kitas, Bibliotheken und Freibäder!

Es gibt einen Ausweg aus der Wirtschafts- und Finanzkrise: Umverteilung! Jetzt muss endlich übergroßer Reichtum stärker besteuert werden! Wir brauchen Geld für Investitionen in mehr Bildung und Soziales, Pflege und Gesundheit, in bessere öffentliche Infrastruktur, sozialen Wohnungsbau und die Energiewende. Wir brauchen finanzielle Spielräume für eine sozial gerechte Gestaltung der Kommunen und den Schuldenabbau. Und es geht um gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft. Wir wollen nicht, dass öffentliche und soziale Leistungen weiter verschlechtert werden und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. In den letzten Jahren haben die Regierenden mit Steuersenkungen und Bankenrettung massiv von unten nach oben umverteilt.

Wir fordern

- **eine dauerhafte Vermögensteuer und eine einmalige Vermögensabgabe - möglichst europaweit koordiniert**
- **Höhere Besteuerung hoher Einkommen, großer Erbschaften, finanzstarker Unternehmen sowie Kapitalerträgen und Finanztransaktionen**
- **einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, auch auf internationaler Ebene**

Reichtum besteuern
UM *fair* TEILEN
www.umfairteilen.de